

Studie

Deutschen ist medizinischer Fortschritt besonders wichtig

70 Prozent fordern mehr Geld und Zeit für Forschungsarbeit / Junge Menschen steuern Webseiten der Pharmafirmen selbst an

Neue Medikamente, verbesserte Heilungsmöglichkeiten, die Deutschen setzen große Hoffnungen in die medizinische Forschung. 71 Prozent der Bundesbürger erwarten von der Wissenschaft die Entwicklung von Arzneimitteln gegen Krankheiten, die bisher noch nicht therapierbar sind, 69 Prozent die Ausrottung von Krankheiten wie zum Beispiel Krebs. 67 Prozent hoffen generell auf verbesserte Heilungschancen durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Dies sind Ergebnisse der repräsentativen Studie „Einstellungen zu Wissenschaft und Forschung“, für die im Auftrag des Biotechnologie-Unternehmens Amgen 1.000 Deutsche befragt wurden.

Die großen Erwartungen an die Forschung fußen auf einem ausgeprägten Gesundheitsbewusstsein der Deutschen, wie die Studie belegt. In wenigen Fragen sind sich die Deutschen so einig wie beim Thema Gesundheit: 80 Prozent der Bun-



Die Wissenschaft soll vor allem Krankheiten und Heilungsmöglichkeiten erforschen.

Foto: dpa

desbürger ist es sehr wichtig, fit zu bleiben. Dafür bleiben sie nicht untätig. Für 59 Prozent der Befragten hat es Priorität, sich aktiv um die eigene Fitness zu kümmern, sei es durch gesunde Ernährung oder durch Bewegung. 71 Prozent finden es sehr wichtig, dass die Wissenschaft Krankheiten und Heilungsmöglichkeiten erforscht. 70 Prozent ist es ein Anliegen, dass mehr

Geld und Zeit in diese Forschungsarbeit investiert wird, um die Heilungschancen zu verbessern. Den größten Forschungsbedarf sehen die Deutschen bei Krebs (86 Prozent), Demenz beziehungsweise Alzheimer (70 Prozent) und Herz-Kreislauf-Erkrankungen (Schlaganfall: 50 Prozent und Herzinfarkt (42 Prozent).

Deutsche suchen gezielt seriöse Berichte

Der hohe Stellenwert, den die Deutschen dem Thema Gesundheit beimessen, führt auch zu einem großen Informationsbedürfnis in der Bevölkerung. Rund zwei Drittel der Deutschen verfolgen Fernsehbeiträge und Berichte in Fachzeitschriften, die sich um Wissenschaft und Forschung in der Medizin drehen. Die Hälfte der Befragten liest entsprechende Berichte in Tageszeitungen und Magazinen. Jeder Dritte nutzt Internetauftritte von wissen-

Analyse

Deutlich mehr Organspender im ersten Halbjahr 2018

Die Zahl der Organspender in Deutschland ist deutlich gestiegen. Wie die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) in Frankfurt berichtete, konnten im ersten Halbjahr dieses Jahres 484 Spendern Organe entnommen werden. Das waren 72, also rund 18 Prozent, mehr als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres, so die dpa. Damals war die Zahl der Organspenden auf einen historischen Tiefpunkt zurückgegangen, hieß es. Auch die Zahlen der gespendeten und der transplantierten Organe stiegen in dem Zeitraum, allein die Zahl der Transplantationen von 1410 auf 1623.

„Die aktuellen Zahlen sind eine Momentaufnahme, die nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass den Diskussionen jetzt strukturelle Veränderungen folgen müssen“, sagt Axel Rahmel, Medizinischer

Vorstand der Stiftung. So seien die Anforderungen an die Hirntoddiagnostik sehr hoch. Nicht in allen Krankenhäusern stehen dazu kurzfristig immer genügend Experten zur Verfügung, um diese Untersuchungen durchzuführen und festzustellen, ob die Hirnfunktionen unwiederbringlich ausgefallen seien.

Die Stiftung fordert bessere Strukturen und Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser. Dazu gehörten klar definierte Rechte und Pflichten für Transplantationsbeauftragte ebenso wie eine dem Aufwand entsprechende Vergütung der Entnahmekrankenhäuser.

„Es darf nicht sein, dass eine Klinik für ihr Engagement in der Organspende gewissermaßen finanziell bestraft wird“, sagte Rahmel zu Fällen, in denen gerade bei zunehmend älteren Organspendern

aufwendige Zusatzuntersuchungen zum Schutz der Empfänger durchgeführt werden müssen. Das kann mehrere Tage dauern, in denen das Intensivbett weiter belegt ist und der Verstorbene intensivmedizinisch versorgt wird. Stellt sich dann heraus, dass eine Organspende doch nicht möglich ist, erhalten die Kliniken lediglich eine Aufwandsentschädigung, die in diesen Fällen dann nicht annähernd kostendeckend sei.

Der Anteil der älteren Organspender hat unterdessen zugenommen. „Das Durchschnittsalter ist 55 Jahre – das war in den Anfängen der Organspende die oberste Altersgrenze“, sagte Rahmel. Inzwischen gibt es in Deutschland, wie auch in vielen anderen Staaten, eine solche Altersgrenze nicht mehr.

schaftlichen Instituten, um sich zu informieren. Jeder Vierte hat die Webseiten von Medizinunternehmen für sich entdeckt.

Vor allem die Jüngeren bedienen sich der Online-Medien, wenn sie sich über medizinische Forschung informieren wollen. Bei den 18- bis 29-Jährigen nutzt bereits eine Mehrheit Online-Zeitungen, Gesundheitssportale, Blogs oder Foren sowie YouTube. Und auch die Internetseiten von Instituten

und Unternehmen in der Medizin werden von den jungen weit häufiger konsultiert als von den älteren Altersgruppen. Rund 40 Prozent der 18- bis 29-Jährigen nutzen diese Informationen aus erster Hand. In der Generation 60 plus sind es dagegen die klassischen Medien wie Fernsehen und Fachblätter, die als wichtigste Informationsquelle klar dominieren. Sie werden von drei Viertel der Befragten ab 60 Jahren genutzt.

Für die Studie „Einstellungen zu Wissenschaft und Forschung“ wurden 1.000 Deutsche im Auftrag von Amgen repräsentativ zu medizinischem Fortschritt und Biopharmazeutika als besonders innovativen Arzneimitteln befragt. Die Befragung führte Toluna im Dezember 2017 online durch.

Studie

Digitalisierung soll Gesundheitswesen effizienter machen

vbw Studie „Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen“ veröffentlicht / Zukunftsrat gibt Handlungsempfehlungen

Aufeinem Kongress des Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft wurde kürzlich die Studie „Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen“ der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. und die Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats vorgestellt. Die Studie wurde von Prognos im Auftrag der vbw erstellt und beleuchtet umfassend, welche Trends das Gesundheitssystem in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beeinflussen, wie die bayerische und deutsche Gesundheitswirtschaft heute aufgestellt ist und welchen Einfluss neue Technologien und die Digitalisierung haben werden. Aufbauend darauf zeigen die Handlungsempfehlungen, was Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft konkret tun müssen, um das Gesundheitssystem zukunftsfähig auszurichten und die Potenziale zu nutzen.

Wachstum ist überdurchschnittlich

Alfred Gaffal, vbw Präsident und Vorsitzender des Zukunftsrats, betont die Bedeutung des Themas: „Die Gesundheits- und Medizintechnologien zählen zu Bayerns Schlüsseltechnologien und haben große wirtschaftliche Bedeutung. Die deutsche Gesundheitswirtschaft ist eine echte Querschnittsbranche und schuf im Jahr 2016 fast 260 Milliarden Euro an Wertschöpfung, in Bayern waren es fast 38 Milliarden Euro. Das Wachstum ist überdurchschnittlich und die Prognosen sind vielversprechend: So wird beispielsweise im Bereich IKT / Digitale Gesundheitswirtschaft von 2017 bis 2020 ein Umsatzwachstum von 24 Prozent pro Jahr erwartet.“

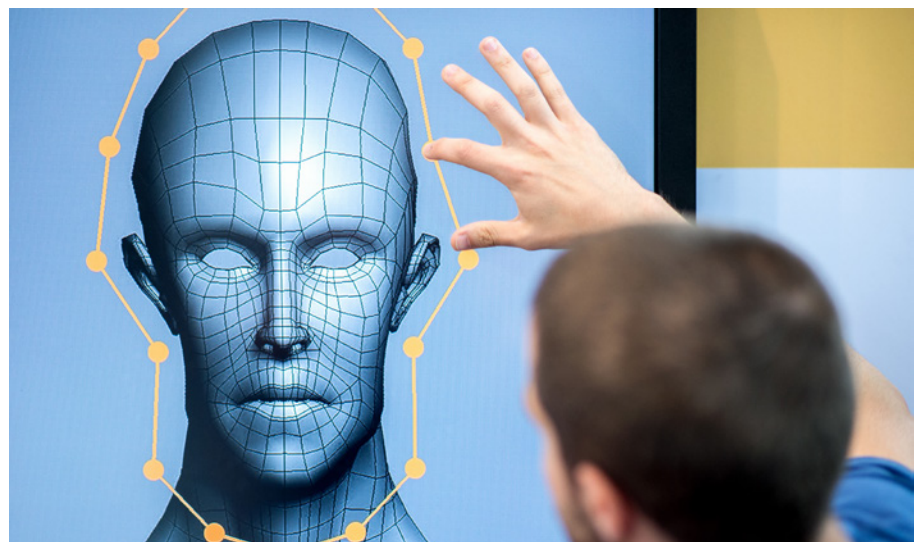
Sorgen machen dem Zukunftsratsvorsitzenden allerdings die Kosten und der demografische Wandel: „Pro Tag verschlingt unser deutsches Gesundheitssystem über eine Milliarde Euro – Tendenz steigend. Gleichzeitig müssen immer weniger Beitragszahler für immer mehr Leistungsempfänger aufkommen“, sagt Gaffal und lenkt den Blick damit auch auf die steigenden Lohn-zusatzkosten.

Flächendeckende Erfassung

Wichtigster Lösungsansatz für die aktuellen Herausforderungen ist laut Zukunftsrat die Digitalisierung. „Sie ist das Herzstück des technologischen Wandels auch im Gesundheitsbereich. Die Digitalisierung wird das Gesundheitswesen effizienter machen und damit die bestehende Über-, Unter- und Fehlversorgung abbauen sowie dabei helfen,

die Kosten besser in den Griff zu bekommen“, ist Gaffal überzeugt. Entscheidender Baustein sind hier die flächendeckende Erfassung, Speicherung, Verknüpfung und Nutzung der Patientendaten in einer digitalen Patientenakte.

„Leider bleibt die in Deutschland eingeführte elektronische Gesundheitskarte trotz Milliardeninvestitionen noch immer weit hinter den heutigen technischen Möglichkeiten“, sagt Gaffal. Dabei liegen die Vorteile auf der Hand: Ein besserer Informationsfluss zwischen allen Akteuren und Ärzten, ein schneller Zugriff auf alle Befunde und damit die Vermeidung von belastenden Mehrfachuntersuchungen sowie ein reduziertes Risiko gefährlicher Wechselwirkungen zwischen Medikamenten sind nur einige Punkte. „Die elektronische Gesundheitskarte muss jetzt



Die Digitalisierung ist auch im Gesundheitsbereich das Herzstück des technologischen Wandels.

Foto: dpa

umgehend eingesetzt werden“, fordert Gaffal und betont: „Die Datenhoheit bleibt beim Patienten. Er kann behandelnden Ärzten, Krankenhäusern oder Dritten Zugriff auf die Daten gewähren. Gleichwohl müssen wir anonymisierte oder pseudonymisierte Daten umfassend auch für die Forschung nutzbar machen.“

Große Chancen der Telemedizin

Bei der Versorgung von Patienten auf dem Land sieht die vbw Studie in der Telemedizin große Chancen. „Ein weiterer wichtiger

Aspekt bei der Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung unseres Gesundheitswesens sind Forschung und Entwicklung. Während Bayern etwa bei der bildgebenden Diagnostik im globalen Vergleich an der Spitze steht, gehen die Forschungsaufwendungen im Bereich Pharma in Deutschland und Bayern zurück. Das ist kritisch, hier müssen wir wieder stärker werden“, betont Gaffal.

Professor Dr. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der Technischen Universität München und ebenfalls Vorsitzender des

Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft, ergänzt: „In der älter werdenden Gesellschaft hat Gesundheit eine verlängerte Zeitdimension. Altersbedingte Erkrankungen können wir durch den Fortschritt der medizinischen und technischen Forschung eindämmen. Dabei helfen die digitalen Technologien, die personalisierte Medizin über alle Lebensphasen zur Wirklichkeit werden zu lassen – einschließlich der Präventivfaktoren, die auf den individuellen Wirkungen von Bewegung und Ernährung beruhen.“

Digitaler Wandel

Apotheker: Zusammenarbeit bei elektronischem Rezept

Absichtserklärung soll Modellprojekt den Weg ebnen/ Zunächst analoge und elektronische Verordnungen nötig

Die elektronische Verordnung (eVerordnung) wird perspektivisch die bislang üblichen Papierrezepte ablösen. Um verbindliche, deutschlandweite und industrieoffene Standards zu entwickeln, haben die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V., der ADAS – Bundesverband Deutscher Apothekensoftwarehäuser e.V. und der VDARZ – Bundesverband Deutscher Apothekenrechenzentren e.V. einen Letter of intent zur gemeinsamen Entwicklung und Umsetzung einer eVerordnung verabschiedet.

Anstoß eines Modellprojekts

Ziel ist die Umsetzung eines Modellprojektes, das eine Überführung in die Telematik-Infrastruktur erlaubt. Bisherige Ideen zur eVerordnung scheitern gerade an dieser Hürde. Besonderes Augenmerk legen die drei Partner auf die autonome Entscheidung des Patienten, wo und wie die Arzneimittelverordnung in die Apotheke gelangt.

In ihrem Brief heißt es: „ABDA, ADAS und VDARZ gehen bei der gemeinsamen Konzeption einer gemeinsamen eVerordnung von Anfang an davon aus, ein sogenanntes marktoffenes Modell zu entwickeln.“ Dieser Ansatz ermögliche es auch anderen Marktteilnehmern, über standardisierte Übertragungswege und Schnittstellen die Systemlösung zu nutzen.“ Das bekräftigt auch ABDA-Präsident Friedemann Schmidt. Er sagt: „Wir sind kein abgeschlossener Club – alle Apothekenrechenzentren und Softwarehäuser sind eingeladen, sich an der Entwicklung zu beteiligen.“

Schutz von Patienten- und Rezeptdaten

„Basis unserer technischen Entwicklungen wird die Telematik-Infrastruktur sein. Alle Lösungen, die wir erarbeiten, werden mit ihr kompatibel sein“, erläutert Lars Polap, Vorsitzender des ADAS. Werner Dick, Vorstandsvorsitzender des VDARZ: „Der umfassende Schutz von Patienten- und Rezeptdaten und deren Sicherheit sind für uns das wichtigste Kriterium bei der gemeinsamen Entwicklung der eVerordnung.“

Die Zusammenarbeit soll insbesondere auf berufspolitischer Ebene, der strategischen Ebene sowie der technischen Ebene erfolgen. Dazu würden im Rahmen der Zusammenarbeit die notwendigen Gremien bzw. Arbeitsgruppen initiiert, heißt es. Die drei Partner gehen davon aus, dass – zeitlich begrenzt – ein Nebeneinander von analogen und elektronischen Verordnungen notwendig sein wird.

Der Druck der Apotheker kommt nicht von Ungefähr. Wie die Deutsche Apotheker Zeitung kürzlich unter Berufung auf das Bundesgesundheitsministerium berichtete, würden die Arbeiten zur Einführung des E-Rezepts erst ab 2019 gestartet. Der Grund: Bis zur Einführung elektronischer Verordnungen, die beispielsweise in Teilen der USA schon verpflichtend vorgeschrieben und auch in einem Drittel aller europäischen Länder im Einsatz seien, wäre es noch ein langer Weg. Hierzu müssten zunächst eine digitale Infrastruktur aufgebaut werden, an die Arztpraxen wie auch



Über kurz oder lang wird die elektronische Verordnung von Medikamenten wohl kommen. Foto: dpa

Apotheken angeschlossen seine. Zweitens müssten die Funktionen der elektronischen Gesundheitskarte erneuert und erweitert werden. Dazu müssten beispielsweise auch die Lesegeräte in Arztpraxen ausgetauscht und neuartige Lesegeräte für Apotheker eingeführt werden.

Schubwirkung erwartet

Die Ärztezeitung kommentiert den Vorstoß ebenfalls: „Die Bemühung der ABDA, das E-Rezept voranzubringen, sind nicht zuletzt motiviert von der Lockerung des berufsrechtlichen Fernbehandlungsverbotes beim diesjährigen Ärztetag in Erfurt. Auch wenn sich dort einige Ärzte in einem Entschließungsantrag gegen gleichzeitige Fernverschreibungen ausgesprochen hatten, rechnen Branchenbeobachter damit, dass von wachsender Nachfrage nach Fernbehandlungen auch eine Schubwirkung zur Einführung des elektronischen Rezepts ausgehen wird.“

Pharmaindustrie

Chemisch-pharmazeutische Industrie braucht mehr Innovationen

Wirtschaftliche Lage der chemisch-pharmazeutischen Industrie 2018 ist gut/ Der Ausblick ist jedoch sorgenvoll

Die Geschäfte der chemisch-pharmazeutischen Industrie verliefen im ersten Halbjahr 2018 erfreulich, aber die Perspektive für den Rest des Jahres ist verhaltener. Wie der Verband der Chemischen Industrie (VCI) in seiner Halbjahresbilanz berichtet, erhöhte sich der Umsatz von Januar bis Juni 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent auf gut 100 Milliarden Euro.

Die Produktion der drittgrößten Branche in Deutschland legte insgesamt um 5 Prozent zu. Nicht alle Sparten konnten von der guten Wirtschaftslage gleichermaßen profitieren, stellt der VCI fest: Während Spezialchemikalien ein Produktionsplus von 4,5 und Pharmazeutika sogar von über 11 Prozent erzielten, legte die Produktionsmenge bei Petrochemikalien und Polymeren nur um 1,5 Prozent zu. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich leicht auf 455.200 Mitarbeiter (+0,5 Prozent).

Konjunkturelle Risiken steigen

Die Geschäftserwartungen der Branche haben sich inzwischen etwas eingetrübt. Die Unternehmen blicken weniger optimistisch in die Zukunft als noch zu Jahresbeginn, so der VCI. Wirtschaftliche und politische Risikofaktoren häuften sich. Die Gefahr eines globalen Handelskrieges zwischen den USA, China und der EU, die Folgen eines harten Brexits und die stürmische Ölpreisentwicklung gäben wenig Anlass, auf eine Fortsetzung des Aufschwungs zu hoffen. „Das Tempo des Wachstums hat nachgelassen, gleichzeitig haben die konjunkturellen Risiken zugenommen. Der Gegenwind wird stärker“, bewertete VCI-Präsident Kurt Bock die Lage der Branche.

Prognose: In Erwartung einer schwächeren zweiten Jahreshälfte geht der VCI für das Gesamtjahr 2018 von einem Produktionswachstum von 3,5 Prozent aus. Bei einem höheren Preisniveau von 1 Prozent dürfte der Umsatz der Branche um 4,5 Prozent auf über 204 Milliarden Euro zulegen.

Politische Stellschraube für mehr Innovationen

Dass die Einschätzung der Unternehmen für das zweite Halbjahr verhalten ausfällt, liegt aus Sicht des VCI auch daran, dass die Bundesregierung den wachsenden konjunkturellen Risiken keine positiven industriepolitischen Impulse für die Wirtschaft entgegengesetzt. Vor allem beim Thema Innovation bestehe Handlungsbedarf. Deutschland brauche mehr Innovationstempo, so Bock, um in einer Welt globalen Wettbewerbs durch hochwertige Arbeitsplätze Wohlstand und Beschäftigung zu sichern. „Genauso wie bei Migration und Integration oder demografischem Wandel geht es auch bei Innovationsfähigkeit um die Zukunft unseres Landes. Das scheint bei den politischen Prioritäten in Berlin aber immer mehr in den Hintergrund zu rücken“, kritisierte der VCI-Präsident.

Dies treffe zum Beispiel auf die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland zu, für die sich der VCI zusammen mit vielen anderen Wirtschaftsverbänden und wissenschaftlichen Organisationen seit Jahren vergeblich einsetzt. Fast alle Industrienationen der

Welt, darunter große Volkswirtschaften wie USA, Japan und Kanada, sowie 20 von 28 der EU-Mitgliedstaaten gewähren inzwischen Unternehmen eine steuerliche FuE-Förderung, um ihre Innovationskraft zu stärken.

Bei der Standortwahl für Investitionen in forschungsintensive Projekte spielt dieses Kriterium eine erhebliche Rolle. Das zeigt die Bilanz von Österreich: Mit einem Anteil von 3,14 Prozent der FuE-Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) belegt die Alpenrepublik inzwischen einen der vorderen Plätze in der EU für Forschungsintensität, noch vor Deutschland (2,93 Prozent). Österreich hat Anfang des Jahres wegen der erfolgreichen Wirkung des Instrumentes auf Arbeitsplätze und Unternehmensansiedlungen die Steuergutschrift um weitere 2 auf 14 Prozent der Forschungsaufwendungen erhöht.

Steuerliche Förderung wichtiges Instrument

VCI-Präsident Bock forderte die Bundesregierung auf, im Herbst einen konkreten Gesetzentwurf für eine steuerliche FuE-Förderung vorzulegen. „Die Glaubwürdigkeit politischen Handelns steht hier auf dem Spiel, nicht nur innerhalb unserer



Die Aussichten für die chemisch-pharmazeutische Industrie trüben sich ein.

Foto: dpa

Branche“, betonte er. Der finanzielle Gestaltungsspielraum des Bundeshaushalts sei durch die stark steigenden Steuereinnahmen in der Legislaturperiode so groß wie nie zuvor.

Eine steuerliche Förderung ist ein wichtiges Instrument, um das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel von 3,5 Prozent des BIP für die Ausgaben von Forschung und Entwicklung bis 2025 in

Deutschland zu erreichen. Diese Messlatte bedeutet eine Kraftanstrengung für die Wirtschaft: Sie bringt zwei Drittel aller finanziellen Mittel auf. Die chemisch-pharmazeutische Industrie trägt das 3,5-Prozent-Ziel mit. Die Branche investiert derzeit jährlich knapp 11 Milliarden Euro in die Forschung.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700

deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2017 über 195 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 453.000 Mitarbeiter.

Rehabilitation

Reha-Leistungen werden zunehmend in Anspruch genommen

Zahl der Reha-Fälle steigt deutlich über eine Million pro Jahr / Demografischer Wandel als Hauptursache



Reha-Maßnahmen gelten als erfolgreiches Mittel, um wieder ins Berufsleben einsteigen zu können.
Foto: dpa

Die Zahl der von Arbeitnehmern in Anspruch genommenen medizinischen Reha-Leistungen wie Kuren ist einem Medienbericht zufolge in den letzten zehn Jahren um rund ein Fünftel gestiegen. Dies berichteten die Zeitungen des Redaktionsnetzwerkes Deutschland unter Berufung auf Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Im Jahr 2007 waren es demnach 900.000 Fälle, 2017 bereits 1.074.000 Fälle. Im Jahr 2016 hatte die Rentenversicherung 1.026.971 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation durchgeführt.

Dem Bericht zufolge führte die Rentenversicherung den Anstieg vor allem auf die demografische Entwicklung zurück, so die dpa. Die Generation der Babyboomer komme verstärkt in ein Alter, in dem Reha-Leistungen häufiger notwendig würden.

Orthopädische Erkrankungen an der Spitze

Die meisten medizinischen Rehabilitationen werden demnach wegen orthopädischer Erkrankungen durchgeführt (41 Prozent). Es folgen Behandlungen wegen psychischer Störungen und onkologischer Erkrankungen (jeweils 15 Prozent), Herz-/Kreislaufkrankungen (10 Prozent) und Störungen des Stoffwechsels (3 Prozent).

Schon 2016 gab die Rentenversicherung rund 6,4 Milliarden Euro für medizinische Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben ausgegeben. Das teilte die Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Brigitte Gross mit. Enthalten seien darin auch Gelder, die während einer Rehabilitation etwa für Beiträge für die Arbeitslosen- und Krankenversicherung bezahlt werden. Im besagten Zeitraum waren rund 148.000 Reha-Maßnahmen ambulant und 843.000 stationär.

Gross bewertete die Reha-Leistungen als erfolgreich: Innerhalb der ersten 24 Monate nach einer medizinischen Reha seien 86 Prozent der Betroffenen erwerbsfähig gewesen. Unterschiede gebe es zwischen den Geschlechtern. So gingen Männer mit einer Abhängigkeitserkrankung, meist Alkohol, mehr als dreimal so oft in eine Rehabilitation wie Frauen. Diese litten hingegen häufiger an Depressionen.

Innovation

Migräne-Therapie: App soll Behandlung optimieren

Charité und M-sense starten Projekt zur Migränetherapie / Smartphone-gestützte Behandlung als neue Versorgungsform

Die Charité – Universitätsmedizin Berlin startet gemeinsam mit ihren Partnern ein Projekt zur Smartphone-gestützten Migränetherapie (SMARTGEM). Ziel ist es, Patienten mit häufigen Migräneattacken eine effektive und ortsunabhängige Behandlungsform anzubieten. Die App ist eine Kombination aus Dokumentation, Therapiemodul und Schulung zur Selbsthilfe.

Darüber hinaus werden telemedizinische Beratung sowie ärztlich moderierte Foren und Experten-Chats angeboten. Das Projekt wird im Rahmen des Innovationsfonds für drei Jahre mit mehr als drei Millionen Euro gefördert.

Das innovative Versorgungsvorhaben unter Konsortialführung der Charité wird in Kooperation mit der Klinik für Neurolo-

gie der Universitätsmedizin Rostock, der Klinik für Neurologie des Universitätsklinikums Halle, dem Institut für Public Health der Charité, dem App-Entwickler M-sense sowie den Krankenkassen AOK Nordost, BKK VBU, IKK gesund plus und der BIG direkt gesund durchgeführt.

Weltweit leiden rund 15 bis 25 Prozent aller Frauen und rund 6 bis 8 Prozent der



Weltweit leiden rund 15 bis 25 Prozent aller Frauen und rund 6 bis 8 Prozent der Männer unter Migräne.

Foto: dpa

Männer unter Migräne. Die Schmerzerkrankung führt häufig zu einer starken Einschränkung der Lebensqualität und auch der Arbeitsfähigkeit. Zur Senkung der Attacken-Häufigkeit werden derzeit medikamentöse und nicht-medikamentöse Verfahren eingesetzt. Der Zugang zu medizinischen Kopfschmerzexperten und spezialisierten Schmerztherapeuten ist jedoch im städtischen und vor allem im ländlichen Bereich begrenzt.

Deutliche Reduktion der Attacken erhofft

„Mit SMARTGEM wollen wir die Wirksamkeit einer ortsunabhängigen, effektiven und auch zeitsparenden Therapieform bei Migräne untersuchen. Für die Patienten erhoffen wir uns eine deutliche Reduktion der Attacken und des Schmerzmittelverbrauchs. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität der Patienten zu verbessern

und die Chronifizierung der Erkrankung zu verhindern“, sagt Projektleiter Dr. Lars Neeb von der Klinik für Neurologie am Campus Charité Mitte.

Telemedizinische Vernetzung

Mithilfe der Smartphone-App können die Patienten ihre Kopfschmerzen dokumentieren, sodass die Therapie überwacht und gleichzeitig mögliche Auslöser für die Migräneattacken identifiziert werden können. Durch das integrierte Therapiemodul werden sie bei der Durchführung von Entspannungsverfahren und Ausdauersport unterstützt und in individuellen verhaltenstherapeutischen Ansätzen geschult. Darüber hinaus können sich die behandelnden niedergelassenen Ärzte mit den Neurologen der universitären Kopfschmerzzentren telemedizinisch vernetzen und sich zur Behandlung ihrer Patienten beraten. Für die Betroffenen selbst werden ärztlich moderierte Foren und Expertenchats angeboten,

um so die Kommunikation mit dem Arzt zu verkürzen.

Die Effektivität der neuen Versorgungsform wird in einer kontrollierten Studie mit 1.200 Patienten aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt untersucht. Die Betroffenen müssen an mehr als fünf Tagen im Monat an Migräne leiden und sich erstmalig in der Kopfschmerzambulanz der Charité, der Universitätsmedizin Rostock oder des Universitätsklinikums Halle vorstellen. 600 Probanden werden mit der neuen App M-sense versorgt, die Vergleichsgruppe erhält die App zur reinen Kopfschmerzdokumentation ohne Zugang zu den erweiterten Funktionen.

Dr. Neeb zur Zukunft des Projekts: „Im Erfolgsfall hat SMARTGEM Modellcharakter für die bundesweite Versorgung von Migräne-Patienten. Das gilt insbesondere in strukturschwachen Regionen.“